

Beschluss der norddeutschen CDU-Fraktionsvorsitzenden zu einer länderübergreifenden Arbeitsmarktpolitik

beschlossen am 13. April 2015

1 Durch die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der unionsgeführten
2 Bundesregierung ist die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt so gut wie seit
3 langem nicht: Im vierten Quartal 2014 gab es zum ersten Mal seit der Wiederver-
4 einigung mehr als 43 Millionen Erwerbstätige. Seit Übernahme der Regierungsverant-
5 wortung der Union im Bund im Jahr 2005 ist die Zahl der Arbeitslosen von 5
6 Millionen auf 3 Millionen zurückgegangen. Zusätzliche Arbeitsplätze verbessern nicht
7 nur die Perspektiven für Arbeitsuchende, sie führen auch zu steigenden Steuerein-
8 nahmen, stabilisieren die Sozialversicherungssysteme und entlasten die Kommunen
9 von Sozialleistungen. Diese Erfolge spornen uns zu weiteren Anstrengungen an, um
10 noch mehr Menschen gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen.

11
12 Die Lage sowie die Zukunftsaussichten auf den regionalen Arbeitsmärkten in Nord-
13 deutschland sind sehr unterschiedlich. Die regionale Erwerbstätigenentwicklung ist
14 stark abhängig von der lokalen Wirtschaftsstruktur. Ein hoher Anteil überdurchschnitt-
15 lich dynamischer Branchen wirkt sich positiv auf die Nachfrage nach Arbeitskräften
16 aus. Umgekehrt verstärken sich die Probleme in Regionen mit wenig wachstums-
17 und beschäftigungsstarken Branchen und mit einer geringen Arbeitsplatzdichte. Auch
18 die Auswirkungen des demografischen Wandels sind regional sehr unterschiedlich.
19 Sie werden durch die Wanderung von qualifizierten Arbeitskräften von wirtschaftlich
20 schwachen in prosperierende Regionen noch verstärkt. Schrumpfende Regionen
21 verlieren dadurch weiter an Attraktivität für Unternehmen und Arbeitskräfte. Neben
22 den Ausgleichsmechanismen im Rahmen des föderalen Finanzausgleichs und der
23 Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur
24 (GRW) halten wir in diesem Zusammenhang eine stärkere Koordination der
25 Arbeitsmarktpolitik für notwendig. Dies ist schon deswegen angezeigt, weil die

26 norddeutschen Arbeitsmärkte ohnehin stark miteinander verflochten sind. Besonders
27 eng sind die Wechselbeziehungen zwischen den Arbeitsmärkten der Stadtstaaten
28 Hamburg und Bremen mit den Arbeitsmärkten der sie umgebenden Flächenländer.¹
29
30 Vielerorts gelingt es trotz der insgesamt guten Arbeitsmarktlage in Deutschland nur
31 unzureichend, Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Dafür gibt es vielfälti-
32 ge Gründe, angefangen von veralteten, nicht nachgefragten oder nicht vorhandenen
33 Qualifikationen (Schulabschluss, Berufsabschluss) über persönliche Hemmnisse (z.B.
34 familiäre Probleme, Krankheit, Schulden) bis hin zu Vorurteilen von Unternehmen
35 beim Einstellungsverhalten. Der Großteil der Langzeitarbeitslosen gehört zum Bereich
36 des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und wird von den Jobcentern
37 betreut. Bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik sehen wir weiterhin Verbesserungspotenzi-
38 al. Es muss gelingen, die jeweiligen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme der
39 Jobcenter noch stärker auf überregionale Anforderungen abzustimmen. Öffentlich
40 geförderte Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. Weiterbildungen, Anpassungsqualifizierun-
41 gen, Umschulungen) müssen sich neben den persönlichen Interessen und Begabun-
42 gen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Bedarfen des überregionalen
43 Arbeitsmarktes und nicht vorrangig an den vorhandenen Kapazitäten und Angeboten
44 der Träger vor Ort ausrichten. Dafür müssen die Bildungszielplanungen der jeweiligen
45 Arbeitsagenturen und Jobcenter noch stärker überregional abgestimmt werden.
46 Beispielsweise sind für Planung und Ausrichtung von Qualifizierungsmaßnahmen die
47 Engpassbranchen nicht nur im jeweiligen Zuständigkeitsbereich sondern auch überre-

¹ So pendeln z.B. 37 Prozent (113.000) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bremen zum Arbeiten aus Niedersachsen ein, umgekehrt pendeln 14 Prozent (31.000) der in Bremen wohnenden Beschäftigten nach Niedersachsen aus. 19 Prozent (167.000) der Hamburger Beschäftigten pendeln aus Schleswig-Holstein ein, umgekehrt pendeln 8 Prozent (53.000) der in Hamburg wohnenden Beschäftigten nach Schleswig-Holstein aus. Auch 4 Prozent (22.000) der in Mecklenburg-Vorpommern wohnenden Beschäftigten arbeiten in Schleswig-Holstein (siehe: Bundesagentur für Arbeit, Engpassanalysen für die o. g. Länder, Februar 2015).

48 gional in den Blick zu nehmen.² Außerdem muss die Mobilität der Arbeitsuchenden
49 gefördert werden, um freie Stellen in einer Region ggf. auch mit Beschäftigten aus
50 anderen Regionen schneller besetzen zu können. Diese Maßnahmen leisten einen
51 unverzichtbaren Beitrag zu Fachkräftesicherung.

52
53 Alle norddeutschen Länder halten eigene Arbeitsmarktprogramm vor, über die aus
54 EU- und Landesmitteln zusätzliche Angebote für bestimmte Personengruppen ergän-
55 zend zu den Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters finanziert
56 werden.³ Diese Programme setzen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, die sich
57 an der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den jeweiligen Ländern orientieren.
58 Gleichwohl sind auch hier ein übergreifender Blick und eine stärkere Abstimmung
59 zwischen den norddeutschen Ländern angezeigt.

60
61 Die norddeutschen CDU-Fraktionsvorsitzenden fordern
62 - eine engere Abstimmung der norddeutschen Länder in Fragen der Arbeitsmarkt-
63 politik, insbesondere bei der Fortschreibung und Umsetzung der jeweiligen Lan-
64 desarbeitsmarktprogramme
65 - eine stärkere überregionale Ausrichtung und Abstimmung der Arbeitsmarkt- und
66 Integrationsprogramme sowie der Bildungszielplanungen von Jobcentern und Ar-
67 beitsagenturen

² Während in bestimmte Berufsgruppen (z.B. Klempnerei/Sanitär/Heizung/Klimatechnik, Energietechnik, Metallbau und Schweißtechnik, Elektrotechnik, Altenpflege) aufgrund überdurchschnittlich langer Vakanzzeiten in ganz Norddeutschland auf einen Engpass geschlossen werden kann, gibt es bei einigen Berufsgruppen länderspezifische Besonderheiten. So besteht z.B. in allen norddeutschen Ländern bis auf Bremen ein Engpass in der Altenpflege. Niedersachsen verzeichnet einen Mangel an Human- und Zahnmedizinern, Softwareentwicklern, Programmieren und Informatikern, während in Hamburg und Bremen ein Engpass im Bereich Werbung und Marketing herrscht. In Mecklenburg-Vorpommern wiederum lässt sich auf einen Mangel an Therapeuten und Heilkundlern schließen (vgl. Bundesagentur für Arbeit, Engpassanalysen für die o. g. Länder, Februar 2015).

³ Dazu zählen das Gemeinsame Arbeitsmarktprogramm für Hamburg, das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm des Landes Bremen, das Landesprogramm „Arbeit durch Qualifizierung“ des Landes Niedersachsen, das Landesprogramm Arbeit des Landes Schleswig-Holstein und das Programm „Arbeit durch Bildung und Innovation“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

- 68 - die Förderung der Mobilität von Beschäftigten und Arbeitsuchenden in Nord-
69 deutschland durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Beibehaltung der
70 Entfernungspauschale und die Anwendung bewährter Förderinstrumente (z.B.
71 Umzugshilfen) für Arbeitsuchende
- 72 - die Entwicklung abgestimmter länderspezifischer Strategien, wie auf die regional
73 unterschiedlichen Folgen des demografischen Wandels sowie die dadurch bedingte
74 Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und der Wachstumsperspektiven einer
75 Region reagiert werden kann